



**Niederschrift
zur 1. Sitzung
des Sozialausschusses
am 19.01.2021
in der Aula der Gesamtschule Emmerich am Rhein, Paaltjessteeg 1,
46446 Emmerich am Rhein**

Tagesordnung

I. Öffentlich

- 1 07 - 17 0074/2020 Bestellung einer Schriftführerin/ eines Schriftführers sowie einer Vertreterin/ eines Vertreters
- 2 Verpflichtung von sachkundigen Bürger*innen
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 12.08.2020
- 5 07 - 17 0075/2020 Haushalt 2021;
hier: Beratung des Budgets 700
- 6 07 - 17 0076/2020 Haushalt 2021;
hier: Beratung des Budgets Stabsstelle 18
- 7 Mitteilungen und Anfragen
- 7.1 Gesundheitskonferenz und deren Netzwerk;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies
- 7.2 Mitfahrbörse zu Impfzentren;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies
- 7.3 Absperrung B 8;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies
- 8 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Elke Trüpschuch

Mitglieder CDU

Herr Erik Arntzen
 Herr Gerhard Böcker
 Frau Silke Jelinski
 Frau Nerman Keles
 Herr Till Nieke
 Frau Sultan Seyrek

für Mitglied Krebber

Mitglieder SPD

Herr Daniel Klösters
 Herr Manfred Mölder
 Frau Sandra Wittke

Mitglieder GRÜNE

Herr Jürgen Brockmann
 Frau Sabine Siebers

Mitglieder BGE

Frau Helena Suchanek-Motyka
 Herr Udo Tepas

Mitglieder AfD

Herr Christoph Kukulies

von der Verwaltung

Herr Peter Hinze
 Frau Melanie Goertz
 Herr Markus Dahms
 Frau Vera Artz
 Frau Christiane Wöltgen

Bürgermeister
 Stadtkämmerin

Schriftführerin

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr. Sie begrüßt die Ausschussmitglieder, die Damen und Herren der Verwaltung, den Pressevertreter sowie die Zuhörer. Die Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen sei. Vor Eintritt in die Sitzung bringt die Vorsitzende ihren Unmut zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion nicht bereit gewesen sei, die Teilnehmerzahl an der Sitzung aufgrund der Pandemie zu verringern.

I. Öffentlich

1. **Bestellung einer Schriftführerin/ eines Schriftführers sowie einer Vertreterin/ eines Vertreters**
Vorlage: 07 - 17 0074/2020

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss bestellt, die Stadtangestellte Frau Christiane Wöltgen zur Schriftführerin und den Stadtangestellten Herrn Bryan Delsing zum stellvertretenden Schriftführer des Sozialausschusses.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

2. **Verpflichtung von sachkundigen Bürger*innen**

Die Vorsitzende verpflichtet die sachkundigen Bürger*innen Herrn Gerhard Böcker, Frau Nerman Keles, Herrn Jürgen Brockmann und Frau Helene Suchanek-Motyka zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Abwesend sind Herr Gregor Reintjes und Frau Marita Weit.

3. **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

4. **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 12.08.2020**

Die gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Festlegung vorgelegte Niederschrift wird genehmigt. Sie wird von der Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

5. **Haushalt 2021; hier: Beratung des Budgets 700 Vorlage: 07 - 17 0075/2020**

Vor Beginn der Beratung teilt die Vorsitzende mit, dass sie nicht wie gewohnt Seite für Seite der Anlage durchgehen wolle, sondern die Sitzungszeit so kurz wie möglich halten wolle und direkt um Fragen und Wortmeldungen bittet.

Herr Dahms erläutert, dass er seinen Vortrag pandemiebedingt auf fünf Folien (Anlage) komprimiert habe, aber selbstverständlich für Fragen zur Verfügung stehe.

Er beschreibt mit der zweiten Folie, dass sich das Budget 700 an den Fallzahlen orientiere und mit welchen Prognosen für das Jahr 2021 zu rechnen sei. Hier geht er auf die zu prognostizierenden Zahlen für die Rechtskreise Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) und Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) sowie der Unterbringung von Personen in den Asyl-Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Emmerich am Rhein ein. Im Bereich des SGB XII sei ein sprunghafter Anstieg von 16 % zu verzeichnen gewesen, der auf dem Zuständigkeitswechsel im Rahmen der Neufassung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zurückzuführen sei. Ein auf demografischen Gründen beruhender langsamer Anstieg der Fallzahlen sei jedoch auch künftig zu erwarten.

Im Weiteren erklärt er, dass die Fallzahlen im Bereich der AsylbLG im Jahr 2020 deutlich gesunken seien, dies sei allerdings auf pandemiebedingte Stornierungen von Zuweisungen zurückzuführen. Die aktuelle Erfüllungsquote, die durch die Bezirksregierung ermittelt werde und anhand der sich die Zuweisungen berechnen, liege aktuell jedoch bei 86 %, sodass auch in diesem Bereich mit steigenden Zahlen zu rechnen sei.

Ebenfalls sei im UVG-Bereich von steigenden Zahlen auszugehen, insbesondere da aufgrund der Pandemie damit zu rechnen sei, dass einige Väter aufgrund des geringeren Einkommens nicht mehr in der Lage sein werden den geforderten Unterhaltsbetrag voll oder auch nur teilweise zu zahlen. Bereits im letzten Jahr sei in diesem Bereich zum Vorjahr ein Anstieg von 3 % zu verzeichnen gewesen. Er weist daraufhin, dass aufgrund der gesunkenen Zuweisungen im Jahr 2020 für den Asylbereich auch entsprechend die Unterbringungen in den Asylunterkünften gesunken seien.

Im Bereich der Wohngeldgewährung sei im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 5 % zu erkennen gewesen, dieser Trend werde sich auch im Jahr 2021 aufgrund pandemiebedingt geringerer Einkommen fortsetzen.

Anhand der dritten Folie erläutert Herr Dahms die Entwicklung der Fallzahlen im Jobcenter. In den Vorjahren sei es gelungen die Fallzahlen kontinuierlich zu senken, nun seien diese ebenfalls pandemiebedingt angestiegen. Mit einem weiteren Anstieg der Zahlen sei auch in diesem Bereich zu rechnen. Aufgrund der derzeitigen Situation sei auch hier durch gesetzliche Regelungen ein erleichterter Zugang zu den Leistungen geschaffen worden.

Die vierte Folie zeigt die Kostenentwicklung des Haushaltsplanes des Jahres 2020 zum Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2021. Hier sei eine Ersparnis zu erkennen. Diese Ersparnis errechne sich anhand von Minderausgaben, die auf eine rückwirkende Erhöhung der Bundesbeteiligungen an den Unterkunftskosten im SGB II um 25 % rückwirkend zum 01.01.2020 beruhen.

Herr Dahms erklärt, dass aufgrund der dargestellten Haushaltsplanung alle städtischen Zuschüsse an die verschiedenen Verbände in unveränderter Höhe beibehalten werden können.

In den beiden darauffolgenden Folien geht Herr Dahms auf die beiden aktuellen Schwerpunkte ein, an denen bereits seit Monaten gearbeitet werde. Beim ersten Schwerpunkt handele es sich um die Stabilisierung des Personalkörpers. Hierzu erläutert er, dass bereits seit Mai 2020 ein erheblicher Personalmangel im Fachbereich 7 bestehe.

Es fehlen permanent mehr als 20 % des Personals, in den Monaten August und September lag die Zahl sogar bei gut 30 %. Hauptursachen hierbei seien Langzeiterkrankungen und Elternzeiten. Er weist darauf hin, dass bei gleichzeitig steigenden Fallzahlen auch pandemiebedingt eine vollumfängliche Aufgabenwahrnehmung nicht möglich sei. In der Veränderungsliste spiegele sich das wieder, da eine Dienstleistung über externe Dienstleistungsanbieter eingekauft worden sei, um Personalausfälle zu kompensieren.

Somit ergäbe sich aus der Personalsituation zwangsläufig der zweite Schwerpunkt, die Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung. Hier führt er auf der Folie die im Fokus liegenden Maßnahmen auf, die zur weiteren Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung führen. Grundsatz ist dabei, dass alles Erdenkliche getan wird, um den antragstellenden Bürgerinnen und Bürgern zeitnah Hilfe gewähren zu können. Dankenswerter Weise sei dies bisher durch die große Flexibilität und den Einsatz der Mitarbeitenden gelungen.

Mitglied Arntzen merkt an, dass die Grundrente im Jahr 2021 startet und fragt, wie mit der Rechtsunsicherheit der Betroffenen umgegangen werde und ob Personal zur Verfügung stehe, um zeitnah das Thema zu bearbeiten. Herr Dahms erläutert, dass in diesem Bereich zeitlich noch Raum bestehe, da nicht vor dem 2. Halbjahr mit der Bereitstellung der Rentenverläufe zu rechnen sei, die für die weitere Bearbeitung erforderlich seien. Es ist zu erwarten, dass der Bereich SGB XII nicht so stark betroffen sei, da der Antragsteller viele Versicherungsjahre mitbringen müsse, um einen Anspruch auf eine Grundrente zu haben. Er sei zuversichtlich, dass es umgesetzt werden könne.

Mitglied Mölders dankt allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Fachbereichs 7 und beantragt dem vorliegenden Beschluss zuzustimmen.

Mitglied Kukulies dankt ebenfalls allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Fachbereichs 7 und lobt die Weiterführung der freiwilligen Leistungen in Form der Zuschüsse.

Mitglied Tepsch schließt sich dem Antrag an.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget „Arbeit und Soziales“ im Ergebnishaushalt auf 1.785.322,- € und im Finanzhaushalt auf 1.777.429,- € fest.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

6. Haushalt 2021; hier: Beratung des Budgets Stabsstelle 18 Vorlage: 07 - 17 0076/2020

Frau Artz teilt mit, dass sie die Bereiche Demografie und Integration zusammengefasst in ihrem Powerpoint-Vortrag (Anlage) darstellen wird. Anhand der ersten Folie erläutert sie, dass Neuzuweisungen zwar gering seien, eine Zuwanderung allerdings trotzdem stattfände. Hierbei handele es sich um Arbeitsmigration durch Personen zur Arbeitsaufnahme. In Emmerich am Rhein seien dies vorwiegend Menschen mit polnischer und rumänischer Nationalität, sodass eine andere Art der Integration stattfände als bei geflüchteten Menschen, insbesondere im Hinblick auf die Instrumente zur Integrationsarbeit. Diese Maßnahmen und Instrumente die sich auch im Integrationskonzept wiederfinden seien im Zusammenhang mit dem Budget der Stabsstelle 18 zu sehen. Hierzu gehören insbesondere die Erleichterung des ersten Zurechtfindens, der Unterstützung bei der Verbesserung der Sprachkenntnisse sowie der Förderung des Austausches.

Im Bereich der Demografie werde das Budget für die Beobachtung demografischer Veränderungen sowie für die Umsetzung von Maßnahmen im Hinblick auf diese Veränderungen eingesetzt.

Frau Artz führt aus, dass der Fokus für das Jahr 2021 auf den osteuropäischen Zuwanderern liegen wird, hier soll insbesondere deren Bedarf zur Integration ermittelt werden. Es sei bereits hierzu in Zusammenarbeit mit der Hochschule Rhein-Waal ein Fragebogen erarbeitet worden, auch andere Projekte seien schon vorbereitet. Diese Maßnahmen können jedoch derzeit pandemiebedingt noch nicht begonnen werden.

Mitglied Mölder dankt Frau Artz und der Stabsstelle für die geleistete Arbeit. Er stellt den Antrag nach Beschlussvorlage zu beschließen.

Mitglied Kukulies bedankt sich ebenfalls bei Frau Artz und greift den Schwerpunkt der Bedarfsermittlung bei den osteuropäischen Zuwanderern auf. Er hätte sich gewünscht, dass schon das eine oder andere Projekt genannt worden wäre und weist daraufhin, dass die örtliche AFD nach wie vor die Meinung vertrete, dass ein Streetworker eingesetzt werden könne. Dieser Vorschlag soll auch weiterhin verfolgt werden.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget „Integration und Demografie“ im Ergebnishaushalt auf 185.504,- € und im Finanzhaushalt auf 185.159,- € fest.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

7. Mitteilungen und Anfragen

7.1. Gesundheitskonferenz und deren Netzwerk; hier: Anfrage von Mitglied Kukulies

Mitglied Kukulies richtet eine Anfrage an den Bürgermeister, es gehe hierbei um einen Punkt in der Niederschrift, dabei handele es sich um die Gesundheitskonferenz und deren Netzwerk. Er möchte wissen, ob es möglich sei in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses über dieses Thema etwas zu hören.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er dem Wunsch folgen könne, sich allerdings derzeit pandemiebedingt Konferenzen u.ä. von selbst verbieten würden. Es gäbe ständigen Kontakt mit den Ärzten sowie mit dem Krankenhaus vor Ort. Das Krankenhaus begrüße diese Gesundheitskonferenz sehr, allerdings sei pandemiebedingt in der derzeitigen Phase nicht möglich sich mit diesem Thema zu befassen. Auch mit dem Qualitätszirkel der Ärzte sei man im Gespräch, allerdings könne er zum heutigen Zeitpunkt keine Aussage treffen, wann an der Gesundheitskonferenz weitergearbeitet werden könne und hoffe, dass dies im März gelinge.

7.2. Mitfahrbörse zu Impfzentren; hier: Anfrage von Mitglied Kukulies

Mitglied Kukulies fragt an, ob es möglich wäre kurzfristig den Ältestenrat einzuberufen. Er weist auf die Kritik der Taxiunternehmer an der Mitfahrbörse zu den Impfzentren hin. Er halte es nicht für zielführend fremde Menschen ältere Mitbürger zu den Impfzentren fahren zu lassen, auch wenn diese sich gesellschaftlich engagieren möchten. Er wünsche sich, dass die eingesparten Schülerbeförderungskosten dort eingesetzt werden könnten.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Ältestenrat vor fünf Jahren in seinen Kompetenzen sehr beschnitten worden wäre auf Wunsch von zwei Fraktionen und dies somit kein Thema für dieses Gremium wäre. Dies Thema müsse an anderer Stelle besprochen werden.

Er erläutert im Weiteren, dass die Schülerbeförderungskosten, Schokotickets, Jahresgebühren seien, die gezahlt werden müssten. Hier gäbe es keine Verhandlungsmöglichkeit mit der NIAG, die es zulässt Monate in denen weniger gefahren werde mit anderen Monaten aufzurechnen.

Zur Mitfahrzentrale führt er aus, dass es sich um eine kreisweite Lösung handele. Es wurde versucht aufgrund der verschiedenen Entfernungen aus dem Kreisgebiet zum Impfzentrum eine möglichst finanzschonende Lösung zu finden. Hierzu gab es verschiedene Dankansätze wie auch einen Impf-Mover u.ä. Hierzu wäre es jedoch erforderlich gewesen, dass die KV mitgeteilt hätte, an welchen Tagen zu welchen Terminen die Emmericher Bürger einen Termin gehabt hätten, dies sei jedoch kommunenscharf nicht darstellbar gewesen. Es gehe darum möglichst schnell viele Menschen zu impfen. Zum jetzigen Zeitpunkt gäbe es 15 freiwillige Meldungen und dies seien keine wildfremden Menschen, sondern zu 50 % Menschen, die alle kennen würden. Es sei die eigene Entscheidung, ob man sich zum Impfzentrum mit Nachbarschafts- oder Familienlösungen fahren lasse oder ob man das Angebot der Mitfahrzentrale in Anspruch nehme oder man warte, ob dem Hausarzt ein Impfstoff zur Verfügung stehe. Der Gesellschaft müsse daran gelegen sein, möglichst schnell möglichst viele Menschen zu impfen.

Eine weitere vertiefende Diskussion dieses Punktes unterblieb, nach dem Hinweis der Vorsitzenden darauf, dass man sich beim Tagesordnungspunkt Mitteilungen und Anfragen befände und die Möglichkeit bestünde vorab Fragen stellen zu können, die der Bürgermeister dann in der Sitzung beantworten könne. Jetzt zu den Punkten, die nicht auf der Tagesordnung stünden, in den detaillierten Dialog mit dem Bürgermeister zu treten, halte sie derzeit nicht für zielführend.

**7.3. Absperrung B 8;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies**

Mitglied Kukulies äußert eine weitere Frage zur Absperrung der B8 aus Elten kommend. Dort stehe eine Barke in der Kurve, obwohl man dort 100 fahren dürfe. Der Bürgermeister schlägt umgehend als künftige Vorgehensweise vor, bei der Entdeckung einer Gefahrenquelle im Straßenverkehr die Verwaltung direkt kurz anzurufen und den Gefahrenpunkt dort zu schildern. Insbesondere da alle bemüht seien die Sitzung des Sozialausschusses so kurz wie möglich zu halten.

8. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.35 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 15. Februar 2021

Elke Trüpschuch
Vorsitzende

Christiane Wöltgen
Schriftführerin